

Antrag

Fraktion der FDP

Hannover, den 16.09.2014

Einbruchkriminalität effektiv bekämpfen - Beute zurückgeben

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Das Risiko, ein Opfer eines Wohnungseinbruchs zu werden, ist in den letzten Jahren in Niedersachsen erheblich gestiegen. Die Zahl der Wohnungseinbrüche in Niedersachsen ist im Zeitraum 2010 bis 2013 drastisch um 25 % (3 899 Fälle) gestiegen. In einigen Regionen, wie z. B. in den Landkreisen Rotenburg (104 %), Verden (118 %), Holzminden (142 %) und Aurich (184 %), ist die Zahl der Einbrüche noch deutlich stärker gestiegen. Die durchschnittliche Aufklärungsrate liegt landesweit bei knapp über 25 % und ist stark verbesserungsbedürftig. Von den ermittelten Tätern werden pro Jahr lediglich 2 bis 3 % tatsächlich zur Rechenschaft gezogen.

Die Großzahl der Täter agiert professionell und ist ein Teil von internationalen Banden. Für die konsequente Umsetzung der Ermittlungs- und Aufklärungsmaßnahmen benötigt die Polizei in Niedersachsen eine bessere sachliche und personelle Ausstattung. Bei der niedersächsischen Polizei sind insgesamt 22 442 Personen beschäftigt. Davon sind 18 114 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte. In den Jahren 2012 und 2013 gab es jeweils mehr als 330 000 Krankheitstage bei der niedersächsischen Polizei. Dies entspricht ca. 1 500 Dienstposten. Hinzu kommen jeweils jährlich mehr als 650 Beamtinnen und Beamte, die wegen Elternzeit oder Beurlaubung fehlen.

Gemäß der aktuellen Altersübersicht werden in den folgenden Jahren jährlich mehr als 500 Ruhestandsversetzungen in einer Größenordnung erfolgen, die bereits heute ein Gegensteuern erforderlich macht, sodass mehr als 600 Anwärterinnen und Anwärter pro Jahr eingestellt werden müssen. Gleichzeitig haben wir das Problem, dass junge Bewerber nicht nach Niedersachsen kommen wollen. Zum Einstellungstermin 01.10.2013 nahmen insgesamt 226 Bewerberinnen und Bewerber ihre Bewerbung nach einer Zusage bzw. der schriftlichen Einberufung zurück. Davon gaben 91 Personen (40,3 %) bei einer telefonischen Anfrage an, eine Ausbildung/ein Studium bei einer anderen Landespolizei, bei der Bundespolizei oder beim Zoll zu beginnen.

Oftmals führt das Diebesgut mittelbar zum Täter, daher soll die Sachfahndung und Zuordnung von Diebesgut gezielt verstärkt werden. Je höher der Verfolgungsdruck und das Entdeckungsrisiko für Einbrecher und deren Helfer auf den Absatzwegen sind bzw. je mehr davon wegfallen, desto spürbarer wird die Zahl der Einbrüche sinken.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, für Niedersachsen ein wirksames Gesamtkonzept zur Bekämpfung der massiv steigenden Wohnungseinbruchszahlen vorzulegen und konsequent umzusetzen, welches insbesondere folgende Bausteine umfasst:

1. Es muss ein polizeiliches Sofortprogramm „Beute zurück“ gestartet werden. Die Polizei soll ein zentrales Internet-Fahndungsportal einrichten. In diesem Portal sollen alle registrierten gestohlenen Gegenstände aufgelistet werden. Dadurch können Bürgerinnen und Bürger durch nützliche Hinweise bei der Ermittlungsarbeit helfen. Dafür ist es zwingend notwendig, dass nach Einbrüchen die Listen mit dem Diebesgut zügig bearbeitet und möglichst breit veröffentlicht werden.
2. Die Vertriebskanäle für Diebesgut wie etwa virtuelle Marktplätze müssen deutlich besser als bisher durch umfassende und gezielte Sachfahndung kontrolliert werden. Dabei müssen Schwerpunkte der Ermittlungstätigkeit auf die klassische An- und Verkaufsgeschäfte, Märkte sowie Vertriebsplattformen im Internet gelegt werden. Im Rahmen ihrer Fahndungsarbeit muss die Polizei gezielt das Diebesgut bei der Auktionsplattform „e-Bay“ ermitteln. Aufgrund

der Anonymität versuchen viele Täter und Hehler, dort ihre Beute zu versilbern. Hinzu muss die Polizei die Plattform „Facebook“ bei ihren Ermittlungen ebenfalls stärker mit hinzubeziehen. Die Reichweite durch schnelle Verbreitung in den sozialen Medien ist geeignet, den Verfolgungsdruck zu erhöhen.

3. Für einen nachhaltigen Erfolg muss die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Polizeibehörden ausgeweitet werden, um international agierende Banden konsequent zu verfolgen. Dabei geht es nicht nur um die Verurteilung der Straftäter, sondern auch darum, dass die Bürgerinnen und Bürger nach einem Einbruch ihren Besitz zurückbekommen - insbesondere auch ihre persönlich wichtigen und teils seit Generationen besessenen Erinnerungsstücke.
4. Die Landesregierung muss die Rahmenbedingungen für die Einführung der sogenannten künstlichen DNA schaffen. Das Ziel besteht darin, durch eine eindeutige Verknüpfung des Diebesgutes zum Eigentümer und des Täters zum Tatort eine abschreckende Wirkung sicherzustellen. In einem Pilotprojekt wurde das Verfahren in Bremen seit dem 18.10.2009 erstmals zum Schutz wertvoller Objekte und Computer an Schulen eingesetzt. Vordergründig wollten die Behörden in Bremen die Täter abschrecken. Daher wurden nicht nur die Pakete mit der künstlichen DNA verteilt, sondern auch Warnschilder aufgestellt. Dadurch soll der Einsatz der DNA eine nachhaltige Präventionswirkung und eine deutliche Reduzierung der Wohnungseinbrüche erzielen. Das Pilotprojekt kann also als erfolgreich bezeichnet werden, und eine Umsetzung in Niedersachsen ist wünschenswert.
5. Das Landeskriminalamt (LKA) soll personell und materiell besser ausgestattet werden. Die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im LKA muss erhöht werden, damit die steigende Zahl der Aufgaben effektiv bearbeitet werden kann und insbesondere eine kürzere Wartezeit für die Spurenanalyse erzielt werden kann. Ferner muss die räumliche Situation des LKA dringend verbessert werden.
6. Der Nachwuchs bei der Kriminalpolizei soll nachhaltig gefördert werden. Das starre Ausbildungssystem der Polizei soll dahin gehend verändert werden, dass eine direkte Versetzung von der Polizeiakademie zum Kriminaldienst möglich sein soll und ausreichend Qualifikationsseminare sowohl für erfahrene Polizeivollzugsbeamte als auch für „Neuzugänge“ bei der Polizei angeboten werden müssen.
7. Die Attraktivität des Polizeiberufs in Niedersachsen muss generell erhöht werden. Der Polizeiberuf muss weiterhin eine beliebte Alternative für die jungen Menschen bleiben. Das Innenministerium muss vermehrt und rechtzeitig in den niedersächsischen Schulen und Universitäten für den Polizeiberuf werben. Schließlich muss die Zahl der Anwärterinnen und Anwärter, die ihre Bewerbung nach einer Zusage zurücknehmen, um in den Polizeidienst anderer Bundesländer bzw. des Bundes einzutreten, reduziert werden. Neben einer angemessenen Besoldung müssen die Beförderungszeiten deutlich verkürzt werden.
8. Das Vorhaben der Landesregierung, aus Spargründen die Polizeifahrzeuge landesweit um 160 Fahrzeuge zu reduzieren, muss kritisch überprüft werden. Der Fuhrpark der niedersächsischen Polizei darf eine bedarfsorientierte Ausstattung nicht unterschreiten. Sparvorhaben dürfen nicht auf Kosten der Polizeimobilität gehen. In einem Flächenland wie Niedersachsen ist die Mobilität der Polizei eine zwingende Voraussetzung für ihre Aufgabenwahrung.
9. Die Landesregierung soll gezielt in Gesprächen mit Versicherungen sowie Wohnungsvermieterverbänden Potenziale eröffnen, um für Mieter durch finanzielle Beteiligung oder Senkung von Beitragssätzen für kostspielige Einbruchschutzmaßnahmen eine Win-win-Situation zu schaffen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer